

Er erscheint
an allen Wochentagen.
Bezugspreis:
für einen Monat 2,50 M.
in der Reichsdruckerei 2,50 M.
in den Buchhandlungen 2,50 M.
durch Zeitungsboten 3,00 M.
am Postamt 2,75 M.
ins Ausland 3 Deutsche Mark.
Fernsprecher: 4246, 2275.
3110, 3249.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenblatt innerhalb
Polens . . . 40.— M.
Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland . . 3,50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posen.

Ozekows Konto für Polen: P. L. O. Nr. 301283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Not der deutschen Katholiken.

Der „Dziennik Poznański“ nimmt in seiner Nummer vom 6. Dezember Stellung zu unseren Ausführungen über die Not der deutschen Katholiken. In bezeichnender Weise geht er dabei am Kern der Sache vorbei. So erbrachte sich vielleicht eine Antwort darauf, wenn der polnische Aufsatz nicht zugleich sachlich richtigere Einsichten enthielte, das verächtlich werden muß, damit sich keine solche Auffassung festsetzen kann.

Was die Besitzverhältnisse an der Franziskanerkirche anlangt, so war der Franziskanerorden von 1683 bis 1833 Eigentümer von Kloster und Kirche. Dann wurde das Kloster der Stadt Posen, die Kirche der Gemeinde der deutschen Katholiken übergeben. Besteht der Plan, das Kloster den wieder eingewanderten Franziskanern ebenfalls wieder zuzustellen, wie man es mit der Kirche tat? Die Kirche gehört unzweifelhaft der Gemeinde, und der „Dziennik“ erörtert daher zu Unrecht die Frage, ob man den deutschen Katholiken eine Kirche „überlassen“ solle. Sie haben eine, und man will ihnen ihre Rechte daran streitig machen.

Willkürlich nimmt der „Dziennik“ an, die Zahl der deutschen Katholiken betrage nur noch 500. Das gefüllte Gotteshaus an Sonntagen und Feiertagen (allerdings vor dem Traurigen 1. Adventsonntage) und die große Zahl von Gläubigen an den Beichtstühlen beweisen, daß unsere Informationen, nach denen es noch über 2000 sind, der Wahrheit näher kommen.

Die Überfüllung der polnischen Kirchen ist durchaus keine stichhaltige Begründung für die Wegnahme der deutschen Kirche. Der akademische Gottesdienst in der Franziskanerkirche um 12 Uhr trug dieser Überfüllung bereits Rechnung. Durch die jetzige Gestaltung der Verhältnisse sind den deutschen Katholiken auch noch zwei Gottesdienste genommen. Bisher waren um 8 Uhr, um 9 Uhr und von 11—12 Uhr Andachten. Seit dem 1. Adventsonntage findet nur der Gottsdienst um 9 Uhr statt, und auch diesen noch stören die Polen am 1., 2. und 3. Adventsonntage und am Feste der Unbefleckten Empfängnis in empfindlicher Weise. Und ebenso sind die Polen schon längst vor dem 1. Adventsonntage in den Pfarrsaal eingedrungen.

Die Widerlegung so unerhörter Tatsachen, wie es die Beschädigungen der Kirche im Innern und außen sind, z. B. das Zerstören des Altars für die Befestigungsanlagen, macht sich der „Dziennik“ doch zu leicht, wenn er sie den Deutschen selbst zur Last legt. Was sollten denn die Deutschen für ein Interesse daran haben? Eine solche unglaubliche Anschuldigung müßte durch Quellenangaben belegt sein. Vielleicht können auch wir mit genauen Angaben dienen, die allerdings auf Polen hinweisen.

Und ebenso steht es mit der Angelegenheit des Präbendats Byszt. Wir haben durchaus nicht behauptet, ihm selber sei Unrecht geschehen. Nein, die Geschädigten sind die deutschen Katholiken, die nur noch einen deutschen Geistlichen besaßen. Nach fast zwei Monaten erst kam ein Erzbischof aus Lemberg in der Person des Paters Remigius Suppentel des jetzigen Guardians der Franziskaner, der seine Sorge für die deutschen Gemeindeglieder damit begann, daß er eigenhändig die deutsche Inschrift vom Missionkreuz „Nette Deine Seele“ abriß.

Die Ausführungen des „Dziennik“ können uns nicht davon überzeugen, daß unsere Äußerungen bei unseren polnischen Glaubensgenossen Verständnis finden. Vielmehr bestärken sie und in der Einsicht, die sich uns schon in preußischen Zeiten aufdrängte, daß die Polen uns nicht als ebenbürtige Katholiken ansehen. Mit dem Deutlichkeit der Protestanten haben sich die Polen abgefunden. Aber nach ihrer Auffassung, die polnisch und katholisch gleichgesetzt, ist ein Deutscher kein wahrer Katholik. Und doch sollte gerade die Gemeinsamkeit des Glaubens dazu helfen, die nationalen Gegensätze zu überbrücken.

Das kann aber natürlich nicht dadurch geschehen, daß der eine alles nimmt und von dem andern verlangt, daß er alles gibt.

Sowjetrußland.

Die Ukraine.

Warschau 13. Dezember. Die Anhänger Petljuras haben Verhandlungen mit den russischen Emigranten aus der Basis einer Föderation der Ukrainer mit Sowjetrußland an.

„Vereinigte Rätestaaten von Osteuropa“.

Babel 12. Dezember. Die Schweizerische Devisen-Agentur meldet aus Moskau: In bolschewistischen Regierungskreisen ist man entschlossen, Rußland die Bezeichnung „Vereinigte Sowjetstaaten von Osteuropa“ zu geben, um auf diese Weise den Separationsbestrebungen der nichtrussischen Völker die Spitze abzubringen. Die bolschewistische Regierung ist der Ansicht, daß die Ruthenen die Ukrainer und die Tataren alsdann ihre Opposition gegen Moskau aufgeben und sich zu den Vereinigten Staaten Okeanos betennen würden.

Eine russische Mietsforderung an Estland.

Riga 11. Dezember. (Tel. un.) Der polnische Leiter der Agentur, welche die sowjetische Regierung von der estnischen Gesandtschaft in Moskau für die einjährige Vermietung des Gesandtschaftsgebäudes 10.000 Rubel in Gold verlangt.

Moratorium für Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Laut hier erhaltenen Nachrichten, hat sich die englische Regierung endgültig einverstanden erklärt, Deutschland ein Moratorium zu erteilen, unter der Bedingung, daß die Jannarrate in Höhe von 25 Millionen Pfund Sterling unbedingt begahlt wird, weil diese Summe in den Haushaltsplan Großbritanniens für das Jahr 1922 bereits aufgenommen wurde.

Paris, 12. Dezember. Am 8. Dezember traf in Paris die Nachricht ein, daß die englische Regierung bereit sei, Deutschland ein Moratorium zu gewähren. Am folgenden Tage hatte der englische Botschafter eine längere Konferenz am Quai d'Orsay. In polnischen Kreisen verlautet, daß die französische Regierung sich mit einer neuen Proklamation an England wenden werde. Die Nachricht, wonach sich Briand nach London begeben soll, ist völlig unbegründet.

Briand und Lloyd George.

Paris, 12. Dezember. „Petit Parisien“ berichtet, daß Briand den Ministerpräsidenten nach London begleiten werde. Lloyd George und Briand werden den Sitzungstermin des Obersten Rates festsetzen. Diese Sitzung soll nach Savas in den ersten Tagen des Jahres stattfinden. „Matin“ berichtet, daß die Konferenz beider Ministerpräsidenten kein festgelegtes Programm haben könne und teilt weiter mit, daß die englische Regierung beabsichtigt, in der Informationskonferenz die Angelegenheit der deutschen Verpflichtungen zu berühren. Es soll angeblich nicht der Wirklichkeit entsprechen, daß die französische Regierung einen Wiedergutmachungsplan von vornherein bearbeitet habe. „Chicago Tribune“ hält an der aus erster Quelle geschöpften Nachricht über den Vorschlag fest, den Lloyd George durch Briand überbrachte und der Briand zur Reise nach London demog. England schlägt eine Revision des Vertrages vom 13. August vor, der Frankreich einen Anteil an der Zahlung der ersten Goldrate abspricht. England beabsichtigt, einen Vertrag mit Deutschland zu schließen, damit dieses einen gewissen Teil seiner Verpflichtungen in Sachwerte umtausche. Zugleich wird sich England an Belgien und Italien mit dem Vorschlag wenden, an Stelle des Barabdes deutsche Sachwerte anzunehmen. Ob Amerika dagegen protestieren wird, ist unbekannt.

Die Abrüstungskonferenz.

Frankreich isoliert.

Paris, 12. Dezember. „Republique Française“ und „Libre Parole“ berichten, Briand habe aus Washington die Nachricht gebracht, daß Frankreich keine Verbündeten mehr besitze.

Über den Gegensatz der englischen und französischen Interessen schreibt die „Republique Française“: Vor drei Jahren schien es unmöglich, beide Völker voneinander zu trennen. Jetzt wird überall zugegeben, daß die Entente in Gefahr, sogar schon tot sei. Die Führer der öffentlichen Meinung in Frankreich wollen wissen, daß die Entente nicht bestehen kann, wenn die Politik der beiden Länder genau entgegengesetzte Interessen vertritt. England sei bereit, zu verhandeln, aber es könne nicht immer nachgeben. In vielen Fragen haben wir schon lange der Forderung Deutschlands widerstanden. Unsere Interessen in Kleinasien sind völlig mißachtet worden. Die französische Kolonialpolitik, die die Erfüllung der englischen und amerikanischen Wünsche verhindert, besonders in der Mandat-Frage, würde der letzte Stein des Anstoßes sein. Sie würde aber allein ausreichen, um die Entente zusammenbrechen zu lassen.

Sogar die „Times“ finden Worte zur Schönerung der gegenwärtigen Lage. Sie sagt u. a.: „Große Freundschaften gehören zu den gefährlichsten internationalen Verbindungen und um die Entente am Leben zu erhalten, ist es unerlässlich, daß England und Frankreich die gleiche Reparationspolitik treiben.“ Das Blatt sagt aber vorsichtigerweise nicht, wer von den beiden nachgeben soll.

Briand amtsmüde?

Paris, 12. Dezember. Freunde Briands rechnen mit der Möglichkeit, daß der Ministerpräsident demnächst zurücktritt, weil er sich sehr müde fühle.

Es heißt in der letzten Zeit sei eine Annäherung zwischen Millerand und Poincaré eingetreten. Freunde Poincarés hätten den Präsidenten der Republik darüber beruhigen können, daß Poincaré als Kandidat nicht eine den Ansichten Millerands zuwiderstehende Außenpolitik machen werde. Inbes soll die letzte Rede Poincarés in parlamentarischen Kreisen erwidert haben, weil er auf die großen schwebenden Fragen nicht eingegangen ist. Senator Jonart, der viel als aussichtsreicher Kandidat gilt, soll seit einiger Zeit auffallend viele Abgeordnete in seine Hand genommen haben. Barthelemy wird als einer der wichtigsten Gesetzgebungsbeamten. Außerdem wird Peret genannt.

Die Frage des fernern Ostens geregelt?

London, 12. Dezember. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ auf der Washingtoner Konferenz meldet, eine Regelung des Pazifikproblems scheint gesichert zu sein. Die Hauptfrage der Washingtoner Konferenz sei damit erreicht. Die Antwort Tokio sei ein getroffen. Endgültig sei darüber nicht bekannt, doch sei anzunehmen, daß sie im großen und ganzen die Annahme des am letzten Freitag entworfenen Planes bedeute.

Dem Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge sind die Hauptpunkte des Abkommens folgende:

1. Flottenverhältnis 5 zu 5 zu 3 für England, Amerika und Japan.
2. Keine Befestigung der Küsten im Stillen Ozean.
3. Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses.
4. Ersetzung des englisch-japanischen Bündnisses durch ein Vierländerbündnis England, Amerika, Japan und Frankreich.

Harding über die Frage der Einladung Deutschlands.

Washington, 12. Dezember. Die britischen Korrespondenten melden ihren Mätern, Harding habe erklärt, daß die Einladung Deutschlands nach Washington unnütz sei. Hierzu wird bekannt, daß Harding erklärt habe, die Einladung Deutschlands nach Washington sei im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht notwendig. Daraus könne man schließen, daß Deutschland in irgend einer Form später zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert wird, oder daß sein Erscheinen in Washington zu der Finanzkonferenz geplant ist.

Die Verhandlungen in Oberschlesien

Am Sonnabend haben die offiziellen Sitzungen der Oberschlesien-Kommission begonnen. Zu den Verhandlungen, die die deutsche Delegation folgende Pressemitteilung heraus: Alle Unterausschüsse begannen am Sonnabend mit den Beratungen über die ihnen vorgelegten Aufgaben. Hierbei wurde eine Reihe von Sachverständigen zum Teil für die Einleitungs-konferenzen, zum Teil für die Sitzungen der Unterausschüsse einberufen. Die Beratungen im Unterausschuß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer brachten viele Beweisaufstellungen der Vertreter der deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände. In der nächsten Sitzung des Unterausschusses werden die polnischen Sachverständigen zu Wort kommen. In dem Unterausschuß zum Schutze der nationalen Minderheiten, in dem kirchliche Angelegenheiten behandelt wurden, stellten die deutschen Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit in vollkommener Einmütigkeit den deutschen Standpunkt dar. Der Eisenbahnerausschuß beschloß, in den nächsten Tagen eine Besichtigung aller künftigen Grenzbahnhöfe vorzunehmen. Verschiedene Ausschüsse haben auch den Sonntag über beraten. In allen Kommissionen finden die Beratungen in deutscher Sprache statt.

Die polnische Delegation veröffentlichte nachstehende Pressemitteilung vom 11. d. Mts.: Die Arbeiten in allen 11 Unterausschüssen tragen gegenwärtig noch den Charakter allgemeinen Meinungsaustausches. Hierbei hat jede der beteiligten Seiten die Möglichkeit, ihre Ansichten auszudrücken. Am erfolgreichsten waren bisher die Arbeiten im Unterausschuß für Kohlenangelegenheiten; die eigentliche Kohlenangelegenheit ist zum größten Teil schon erledigt. Gegenwärtig beschäftigt sich der Ausschluß mit der Frage der Erzgrube. Diese Frage, welche der Natur der Sache nach sehr wichtig und kompliziert ist, bildet den Gegenstand eingehender Prüfungen. Der Ausschluß für die Angelegenheiten der Arbeiter und Arbeitnehmer prüfte eingehend die Entscheidungen der Großmächte vom 20. Oktober und beschäftigte sich mit der Auslegung dieser Entscheidung und mit den Folgen, welche in der Praxis diese oder jene Auslegung nach sich ziehen würde. Im Ausschluß für den Schutz der nationalen Minderheiten werden Fragen besprochen, welche die katholische und evangelische Kirche betreffen.

Gewalt und die deutschen Pressevertreter.

Kattowitz, 11. Dezember. Der Vertreter des Bevollmächtigten der deutschen Regierung, Minister Lewald, hielt am Sonnabend in Kattowitz eine Konferenz mit den deutschen Pressevertretern ab. Nach der „Oberschlesischen Morgenpost“ betonte Herr Lewald vor allem den günstigen Umstand, daß die Beratungen in Oberschlesien stattfinden. Aus diesem Grunde ist es möglich, jederzeit die Sachverständigen aus allen Gebieten und Fachkreisen einzuberufen. Natürlich ist es nicht erwünscht, daß die Sachverständigen ständig an den Sitzungen der Unterausschüsse teilnehmen, da die Arbeit mit vielen Teilnehmern nicht besonders günstig ist. In der Sonntagsabende des Unterausschusses zum Schutze der nationalen Minderheiten wurde über die Kirchenfrage beraten. Man berief dazu Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit.

Zu den Montagsberatungen wurden die örtlichen Sachverständigen Dr. Urban, Erhardt und Franz berufen. (Dr. Urban war Leiter des deutschen Abstammungskommissionariats, Erhardt ist Leiter der deutschen christlichen Arbeiterverbände und Herr Franz ist Leiter der deutschen sozialistischen Organisationen).

Es wäre verfrüht, wenn man heute schon etwas Sicheres über die gegenwärtigen Verhandlungen sagen wollte. Obwohl bis jetzt alles glatt konstatieren ging, muß mit der Möglichkeit von Schwierigkeiten gerechnet werden. Dies kann dann geschehen, wenn über die einzelnen Fragen eine eingehende Aussprache stattfindet. Die Beratungen in den einzelnen Kommissionen haben als Grundlage den Text der Genfer Entscheidung. Wenn es zwischen beiden Delegationen nicht zu einer Verständigung kommt, so wird die umstrittenen Fragen Dr. Colonier selbst entscheiden. Es ist also erwünscht, daß sich beide Seiten untereinander verständigen. Die Entscheidung durch den Schiedsrichter wird dann angerufen, wenn die Gegenseite nicht zu überbrücken sind. Beide beteiligten Seiten wünschen eine möglichst schnelle Erledigung der Verhandlungen.

Weiter sprach Herr Lewald über den ober-schlesischen Schiedsausschuß, in den zwei Polen und zwei Deutsche unter dem Vorsitz eines Vertreters der neutralen Staaten einberufen wurden. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Regelung der Verforgung mit Wasser und Elektrizität und bei den Angelegenheiten für Post und Handel zeigen. Unsere Absicht, so betonte Lewald, ist es, uns bei diesen Fragen nicht mit einem allgemeinen Programm zufriedenzustellen, sondern eingehende klare Entscheidungen zu fordern. Wie die Ergebnisse ausfallen, ist schwer voraussagen, da dies das erste Mal ist, daß man über die Teilung des Landes berät, das trotz der Abgrenzung noch durch weitere 15 Jahre als eine wirtschaftliche Einheit bestehen wird.

Die Weihnachtsferien werden nach der Ansicht des Herrn Lewald gegen den 21. d. Mts. beginnen. Nach den Ferien werden die Verhandlungen weiter fortgesetzt. Mitte Januar soll Herr Colonier in Oberschlesien eintreffen, wo er wahrscheinlich gegen 10 Tage verweilen wird. Herr Lewald sprach noch einmal seine Freude darüber aus, daß die Beratungen in Oberschlesien stattfinden, da, wie er sagte, Deutschland beraten und verhandelt wäre, wenn die Beratungen nicht in Oberschlesien oder in Danzig stattfänden. Am Schluß erklärte Herr Lewald, daß die deutsche Delegation völlig die Forderungen der Ortsbevölkerung als berechtigt anerkennt, möglichst ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen informiert zu werden.

Nach der Aussprache, die darauf stattfand, machte der Vertreter der Presseabteilung im Präsidium der deutschen Regierung, Dr. Reinhold, der als Referent der deutschen Delegation zugezogen war, bekannt, daß ähnliche Pressekonferenzen auch in Zukunft stattfinden sollen.

Ein neuer Regierungspräsident für Oberschlesien.

Berlin, 12. Dezember. Das preussische Staatsministerium hat den Kommissarischen Landrat des Regierungsbezirks Oberschlesien, Regierungsrat Braumüller, kommissarisch zum Präsidenten der Regierung in Oppeln bestellt.

Sejm.

Sitzung vom 12. Dezember.
(Fortsetzung der Danina-Debatte.)

Warschau, 12. Dezember. In der Einzelberatung über die einmalige staatliche Abgabe ergreift zunächst der Sozialdemokrat Damiand das Wort. Er schlägt für Art. 1 folgenden Wortlaut vor: „Auf Grund dieses Gesetzes wird eine außerordentliche Abgabe erhoben werden.“ Abg. Komolczuk (Poln. Volkspartei): Die Bürger des Staates können ihren Besitz nicht ausschließlich zur Deckung des Staatsdefizits hergeben. Wenn der Finanzminister erklärt, daß dies der Zweck der Abgabe sei, dann müssen wir gegen die Abgabe stimmen. Vizefinanzminister Markowski: Die einmalige Abgabe ist notwendig zur Herstellung eines Finanzanleihensfonds. Es läßt sich nicht einfach feststellen, ob sie nur zur Gründung einer Notenbank oder auch zur Deckung des Defizits verwendet werden wird. Der Redner ist gegen Art. 1 im Wortlaut des Ausschusses und ist bereit, die vom Abg. Damiand vorgeschlagene Fassung anzunehmen. Abg. Komolczuk verlangt, daß die Gründung der Notenbank eines der Hauptziele der Abgabe wird.

Bei Besprechung des Art. 2 spricht Abg. Damiand über seinen als Antrag der Ausschüsse überreichte eingebrachten Antrag über die Besteuerung der Renten der Landesbar-Lebenskasse. Abg. Markowski wünscht Aufklärung, in welcher Weise die die in Ansehung und Forderungen wohnenden kleinen Landwirte die Abgabe zu zahlen haben werden. Vizefinanzminister Markowski erklärt, daß bei der Bemessung der Höhe der Abgabe in solchen Fällen die Möglichkeit des leichten Ablasses der Produkte mit in Berechnung gezogen werden wird. Abg. Radziszewski tritt um Annahme des Minderheitsantrages. Abg. Stawinski ist der Ansicht, daß der Minister die besitzenden Klassen schützt und die ärmsten schädigt.

Vizefinanzminister Markowski schlägt vor, daß vor die Worte „Einkommen“ das Wort „Kommunale“ eingeschoben wird. Abg. Damiand beantragt: Von der Abgabe befreit, sind alle Bauern, die nicht mehr als 7 Morgen besitzen. Abg. Radziszewski schlägt vor: Für Grundbesitzer, die 1500 bis 3000 Mark Steuern zahlen, soll der Multiplikator 400 betragen, für Steuerpflichtige, die mehr als 3000 Mark zahlen, 450. Abg. Brun bekämpft den Antrag Komolczuk. Es muß unterschieden werden zwischen der ehehellen Kaufmannschaft und den dunklen Elementen, die Schiebergeschäfte machen und sich dadurch bereichern. Diese Schieber wird weder die Danina noch irgend eine Besteuerung treffen. Abg. Benizocher tritt für den Schutz der mittleren Kaufmannschaft ein. Abg. Komolczuk: Wenn die Abgabe eine Besitzsteuer werden soll, muß sie zugleich eine Progressivsteuer sein. Abg. Stawinski tritt ebenfalls für eine Progressivsteuer ein. Abg. Rosner: Wenn den Grundbesitzern ein Widerspruch zum Marageseß gestattet wird, zum Zweck der Veräußerung der Danina Land zu verkaufen, dann müßte gerechterweise auch dem kleinen kleinen Grundbesitzer gestattet werden, im Widerspruch zu dem Gesetz über die Sonntagsruhe länger zu arbeiten. Abg. Radziszewski: Zuerst wird berichtet, daß man zahlen will, und nachher erklären verschiedene Berufsstände, daß sie nicht zahlen können. Man kann nicht — das heißt wohl: man will nicht. (Unruhe.) Die Abgabe ist keine Besitzsteuer, — damit ist auch die Frage der Progression erledigt.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

Danziger Protest gegen die Einführung des polnischen Zolltarifs.

Danzig, 12. Dezember. (Telunion.) In dem Riesensaal der Danziger Sporthalle fand eine Massenversammlung statt, die von 48 Danziger Wirtschaftsverbänden einberufen war und sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die Einführung des polnischen Zolltarifs für Danzig gestaltete. Nach zahlreichen Ansprachen verschiedener Abgeordneter und Vertreter wirtschaftlicher Verbände wurde eine Entschließung angenommen, in der einmütiger Einspruch gegen die Einführung des polnischen Zolltarifs in seiner jetzigen Form am 1. Januar 1922 erhoben wurde. In der Resolution heißt es: Die plötzliche Anwendung des polnischen Zolltarifs muß katastrophale Folgen haben. Schwerste Erschütterungen des gesamten Danziger Wirtschaftslebens und eine ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung sind zu befürchten. Handel und Gewerbe würden zugrunde gerichtet werden, Schließung von Betrieben und Entlassung von Arbeitnehmern würden unausbleibliche Folgen sein. Im Interesse der gesamten Danziger Bevölkerung und eines gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit der Republik Polen fordert die Versammlung vom Volkstage, daß er den Vertrag nicht eher ratifiziert, als bis der Senat der Freien Stadt Danzig mit der Republik Polen einen Zolltarif fertiggestellt hat, der die Interessen des Freistaates Danzig nach Möglichkeit schützt.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterliegt.)

„Mariannell! Eine Frau und solch ein Verbrechen! Was fällt Dir ein! Schon physisch wäre es unmöglich. Der alte Brintner war trotz seiner Jahre ein Mann voll Kraft und Stärke!“

„Könnte sie denn nicht einen Helfer gehabt haben?“

Schlager stand ärgerlich auf.

„Du könntest einen verrückt machen mit Deinen Behauptungen. Aber ich will es nicht, daß Du mir solche Gedanken einbläst, die nur mein Urteil trüben könnten! Und ich verbiete Dir vor allem, derlei Ideen etwa durch ein unbedachtes Wort unter die Leute zu bringen; hörst Du? Das könnte ein schönes Unheil über unschuldige Menschen heraufbeschwören!“

Frau Marianne fekte eine beleidigte Miene auf.

„So klug bin ich schon selber! Und mit den Leuten über Dinge zu klatschen, die mir im Kopf herumgehen, dazu bin ich mir schon lange zu gut. Ob die da drüben aber wirklich so unschuldig sind, wie Du Dir einbildest, das wird die Zukunft beweisen. Ich wetten — sie wies auf den Platz vor dem Haus hinab, — die Leute da unten sind auch nicht auf den Kopf gefallen und werden dem Loch sehr bald das richtige Licht aufdecken!“

So unrecht hatte Frau Marianne mit ihrer Vermutung nicht. Zwar vorläufig war Titus Loch noch der Alleinredende. Mit Wonne genoß er das Bewußtsein, aus dem Dunkel seines bisher unbeachteten Daseins heute — in diesem Kreise wenigstens — zur wichtigsten Persönlichkeit des Tages aufzuerstehen zu sein.

Die Abstimmung im Burgenland.

Oesterreich protestiert gegen die Fälschung der Stimmlisten in Odenburg.

Wien, 12. Dezember. Mit Mühsicht darauf, daß die Votalkonferenz die Volksabstimmung in Odenburg bereits für den 13. Dezember anberaumt hat, hat Oesterreich einen Protest eingebracht, in welchem darauf hingewiesen wird, daß von einer ordentlichen Vorbereitung der Volksabstimmung keine Rede sein könne. Oesterreich erwartet, daß zuerst die Abstimmungslisten in Ordnung hergestellt werden, da 40 Prozent der Abstimmungslisten von den Ungarn gefälscht sind. Im Falle, daß in Odenburg die Ordnung nicht gemahrt werden sollte, würde Oesterreich das Protokoll von Venedig als null und nichtig bezeichnen.

Die unhaltbare Lage im Abstimmungsgebiet.

Wien, 12. Dezember. In der Erörterung des bevorstehenden Schrittes der österreichischen Regierung bei der interalliierten Generalmission in Odenburg bezüglich der Freiheit der Abstimmung hebt die Presse die unhaltbare Lage im Abstimmungsgebiet hervor. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Die Haltung der ungarischen Regierung, die Befassung der ungarischen Truppen im Abstimmungsgebiet, sowie die bisher getroffenen Anordnungen über die Durchführung der Abstimmung selbst, bieten durchaus keine Gewähr dafür, daß der Auftrag der Pariser Votalkonferenz an die interalliierte Generalmission in Odenburg für eine gerechte und uneingeschränkte Abstimmung Sorge zu tragen, ausgeführt werden könnte. Auch das „Neue Wiener Tageblatt“ hebt die Unmöglichkeit der Abstimmung unter den gegebenen Verhältnissen hervor. Die „Deutsche Österreichische Tageszeitung“ und das „Deutsche Volksblatt“ sprechen von einem Odenburger Skandal und billigen die Entschlossenheit der Regierung, die unzulässige Ratifizierung des Venediger Abkommens hinauszuverschieben. Das „Deutsche Volksblatt“ erklärt: Infolge der Unfähigkeit der interalliierten Generalmission, die sich außerstande zeigt, den Befehlen der Votalkonferenz, alles auszuführen, um eine uneingeschränkte Abstimmung zu ermöglichen und sich den ungarischen Behörden gegenüber Geltung zu verschaffen, seien die Verhältnisse in Odenburg zu einem europäischen Skandal geworden. Man beabsichtigt, nur die mit Ungarn sympathisierenden Abstimmungsberechtigten zur Urne zu lassen. Die christlich-soziale „Reichspost“ hebt in längeren Artikeln den in Odenburg herrschenden Terror der magyarischen Verwaltungsapparates gegenüber den österreichisch gesinnten Abstimmungsberechtigten hervor und zweifelt daran, daß Oesterreich an einer solchen Abstimmung teilnehmen könne. Auch die „Volkszeitung“ und die „Neue Zeitung“ sowie die „Arbeiterzeitung“ machen die Forderungen der österreichischen Regierung an die Generalmission in Odenburg zu den ihren und erklären, daß eine Abstimmung ohne die Nichtigstellung der bis zu 40 Prozent gefälschten Stimmlisten vollkommen ausgeschlossen sei.

Abbau der städtischen Lebensmittelzuschüsse in Oesterreich.

Wien, 12. Dezember. (Telunion.) Die Regierung wird kommenden Freitag dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage über den Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse vorlegen. Diese Vorlage wird nach vorläufigen Entwürfen werden. Unter diesen Umständen wird zum Beispiel ein Laib Brot auf 800 bis 400 Kronen kommen. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, für das erste Halbjahr von 1922 den Arbeitern die Differenz auf die kommenden Lebensmittelpreise im Voraus zu bezahlen.

Die irische Frage.

Einigungsbestrebungen der Sinnfeiner.

London, 12. Dezember. Griffith, der Führer der Sinnfeiner, bemüht sich um die Ratifizierung des englisch-irischen Abkommens. Er hat an die nordirischen Sinnfeiner die Bitte um Mitarbeit gerichtet.

Griffith und Collin haben in der Unterredung mit Middleton immer wieder den Wunsch um Verständigung zum Ausdruck gebracht. Der Standpunkt Millers ist nach wie vor zweifelhaft. Zwei Abgeordnete in Belfast konzentrierten mit Griffith. Craig, der eben aus London zurückgekehrt ist, berichtete dem Millerkabinett über das Ergebnis seiner Besprechungen in London. In politischen Kreisen Millers gewinnt die Überzeugung Raum, daß sechs südliche Kreise gezwungen sein werden, sich Südirland anzuschließen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die nächste Sitzung des Völkerbundrates. Der gegenwärtige Vorsitzende des Völkerbundrates hat die nächste Konferenz für den 10. Januar 1922 einberufen. Behandelt werden: der polnisch-Danziger Vertrag und der deutsche Einspruch gegen die alliierte Kommission im Rheinland. Die Konferenz wird 10 Tage lang dauern.

Unruhen in Chicago. W. T. V. berichtet: In Chicago brachen Unruhen aus, an denen 100 000 Personen teilnahmen. Die Polizei machte von ihren Waffen Gebrauch. Neun Personen wurden getötet.

Dies voraussetzend, war er auch nach der Einladung seines Freundes Siff, nach beendeten Dienst auf ein „bescheidenes Glas Bier mit nachfolgendem Plausch“ zu kommen, gerne gefolgt.

Eingehend berichtete er nun seiner lauschenden Zuhörerschaft alle Umstände, welche die Kommission „herausgebracht“. Die Auffindung der Leiche, die Aussagen der Hausleute von „drüben“, das ärztliche Gutachten, was der Bürgermeister „gefragt“ und der Herr Bezirksrichter „angeordnet“ habe — alles beschrieb er den Leuten.

Natürlich nur, soweit es sich mit der Wahrung des „Amtsgeheimnisses“ vertragen. Denn auf dieses Amtsgeheimnis — er nahm das Wort alle zwei Minuten in den Mund — hielt Herr Titus Loch große Stücke.

Zuletzt erfuhr man überraschenderweise, daß es sogar schon eine Spur des Täters gab und wie umsichtig die Obrigkeit verfuhr, um seiner habhaft zu werden.

Ein nach Mitternacht aus dem Wirtshaus von Ebental heimkehrender Knecht des Bürgermeisters hatte von weitem eine merkwürdige Gestalt aus der rückwärtigen Gartenpforte des Brintnerhofes kommen sehen.

Die Gestalt war in einen Bad- und Wettermantel gehüllt gewesen und schlich so verdächtig im Schatten der Bäume des Bachweges hin, daß der Knecht unwillkürlich stehen blieb, um sie zu erwarten. Denn der Mann kam geradewegs auf ihn zu.

Pöbellich aber mußte er den Knecht hemerft haben, war im nächsten Augenblick wie vom Erdboden verschwunden und kam auch später nicht mehr zum Vorschein.

„Ob der verdächtige Mensch dem Knecht nicht irgendwie bekannt erschienen sei?“ fragte Siff.

„Nein,“ lautete die Antwort. „Der Knecht meine, es müsse ein Ortsfremder gewesen sein. Nun habe man sofort alle Gendarmenposten telegraphisch verständigt, und morgen würde eine genaue Beschreibung der geraubten Gegen-

Die Folgen von Genf.

Einschränkung des Eisenbahnbetriebs.

Die Eisenbahndirektion Basel teilt amlich durch Anschlag mit, daß sie infolge der Kohlenknappheit nicht mehr in der Lage sei alle Personen- und Vorkabagefahrplanmäßig fahren zu lassen.

Ebenso wie im Bezirk Basel wird auch im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt eine Einschränkung des Personenverkehrs erwogen, obwohl die Kohlenverhältnisse hier etwas günstiger sind, als im Nachbarbezirk.

Allgemeiner Kohlenmangel.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden: Seit einigen Tagen haben die meisten städtischen Fabriken infolge Kohlenmangels ihren Betrieb ganz oder teilweise einstellen müssen. Dadurch ist das Benutzerscheitern der Leitungen in hohem Grade gefährdet. Infolge des katastrophalen Kohlenmangels werden die Leipziger Neuesten Nachrichten außerstande, den Bericht des städtischen Stadtrates zu bringen.

Die Lage im Orient.

Die Türken bereiten neue Angriffe vor.

Konstantinopel, 12. Dezember. Der Korrespondent des Konstantinopeler „Post“ meldet von der Front: Ungeachtet der von den Vertretern Englands und Frankreichs unternommenen Schritte, den Frieden zwischen Griechenland und der Türkei wieder herzustellen, trifft das türkische Oberkommando weiterhin energische Vorbereitungen für einen Angriff an der ganzen Front. Die Divisionen Kemal Paschas wurden ergänzt, infolgedessen beträgt die Zahl der Truppen an der Front nicht weniger als 80 000 Mann. Die Zahl der Geschütze ist bedeutend vergrößert worden. Privaten Nachrichten zufolge sind die schweren Geschütze aus Russland eingetroffen. Der allgemeine Eindruck aller Vorbereitungen ist der, daß der geringste Mißerfolg der diplomatischen Aktion einen ungeheuren türkischen Angriff zur Folge haben würde. Es wird dies unbedingt der entscheidende Angriff sein.

Unruhen in Athen.

Paris, 12. Dezember. Dem „Journal“ wird aus Athen gemeldet: Am 8. Dezember kam es in den Arbeitervierteln von Athen zu Zusammenstößen zwischen einer Arbeiterschär und einer Gendarmenabteilung. Auf beiden Seiten fielen Schüsse. Zwei Arbeiter wurden getötet und ein Gendarm schwer verwundet.

Besetzung von Batum.

Rom, 12. Dezember. Hier wird berichtet, daß Enver Pascha die Stadt Batum besetzt und die allgemeine Mobilisation angeordnet hat. Die englische Regierung richtete an ihn ein sechsstündiges Ultimatum in Sachen der Räumung der Stadt.

Ein Anlauf zur Befreiung Ägyptens.

Kairo, 12. Dezember. (Telunion.) Daglul, ein Nationalistenführer, hat einen Aufruf erlassen, worin die Ägypter aufgefordert werden, alle Kräfte zur Befreiung Ägyptens anzuspannen.

Einbruch an der Nordwestgrenze Indiens.

London, 10. Dezember. Das indische Amt meldet, daß Waziristan-Banden die afghanische Grenze nördlich von Quetta überschritten und eine kleine britische Abteilung vernichteten.

Die Waziris sind ein kriegerischer Stamm an der nordwestindischen Grenze. Ihr Gebiet gehörte früher zu Britisch-Indien. Wenn es heute heißt, daß die Waziris von afghanischem Gebiet aus in der Gegend von Quetta, der Hauptstadt des ziemlich weit südlich vom Wazirlande gelegenen britischen Teils von Belutschistan, erschienen sind, so läßt das einen Schluß zu auf den Umfang der Grenzverletzungen im neuesten britisch-afghanischen Abkommen. Über diese schwiegen sich die Engländer bisher aus. Die Abteilungen scheinen tatsächlich ziemlich bedeutend zu sein.

Die Autonomiebestrebungen in Preußen.

Berlin, 12. Dezember. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einer Anzahl von Teilen des preussischen Staates sind noch immer gewisse Autonomiebestrebungen vorhanden. Das trifft vor allen Dingen auf die Provinz Hannover und bei den bei Deutschland verbleibenden Teilen Oberschlesiens zu. Wie wir hören, ist selbst in den Kreisen, die bei der Beratung der Reichsverfassung in Weimar sich sehr stark für eine stärkere Betonung der Interessen der einzelnen Landesteile zu Ungunsten Preußens einsetzten, heute bereits ein starker Umschwung der Stimmung eingetreten, und auch in der preussischen Regierung bestehen wesentliche Bedenken.

Eine Sonderstellung nimmt die Groß-Hamburger Frage ein, die allerdings auch nicht wird gelöst werden können, bevor nicht die Verhältnisse in Altona näher geklärt sind. Wie verlautet, ist in der Personlichkeit des früheren Ministers Sadeleum ein besonderer Staatskommissar bestellt worden, um für diese Fragen Vorschläge auszuarbeiten. Eine Entscheidung wird auch hier erst fallen können, wenn diese Vorschläge vorliegen.

stände veröffentlicht, damit jedermann vor dem Anlauf der Uhr und Pette Brintners gewarnt sei.“

Siff rieb nachdenklich seinen schütterten Stoppelbart.

„Ja, ja — ein Ortsfremder! Das wird wohl so sein. Wer hätte denn auch in Ralkreit dem alten Herrn ans Leben gehen wollen?“

Da sästerte ihm Frau Huder, die bis dahin schweigend zugehört hatte, etwas ins Ohr, und der Fledschusier prallte besürzt zurück.

„Was Sie nicht sagen, Frau Huder! Gefürchtet hätte er schon lange für sein Leben? Jesus, Jesus, wenn das wahr wäre! Und wir einen Mörder unter uns hätten!“

Alles drängte sich nun um Siff und die Huder. Es wurde getuschelt und gezipfelt, während scheue Blicke nach dem städtischen Herrenhause hinüberglitten.

Und auf einmal wußte jeder etwas Neues. Wie Schuppen fiel es den Leuten von den Augen.

„Wissen Sie noch, wie sie ihm gesagt hat: „Ewig wird der Großvater auch nicht leben!““

Und wie vor ein paar Tagen der Streit wegen der Kohlen war — wist Ihr's noch? Da hat der Andreas ihm zugeflüstert: „Weiß denn der Vater, ob er noch leben wird im Herbst?“

Und heute, als die Toni heimkam — habt Ihr das bemerkt, wie sie weder dem Bruder noch der Schwägerin die Hand gegeben hat? Die spannt etwas, da müßt ich jetzt schwören darauf! Ganz verstimmt ist sie an den beiden vorbeigelaufen, und seitdem hält sie sich nur noch an die Mauer. Die beiden schlafen heute sogar beisammen — die Toni hat's so wollen. Sie fürchtet sich allein unten, hat sie gesagt.“

So schwirrten die Reden durcheinander. Titus Loch war verstimmt und vergessen. Aber es war ihm jetzt auch nicht mehr ums Reden zu tun. Mit Ohr und offenem Munde lauschte er, um ja kein Wörtchen zu überhören.

(Fortsetzung folgt.)

Vor der Stadtverordnetenwahl.

Die Wahlen in Posen am kommenden Sonntag, dem 18. Dezember, vollziehen sich von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr in 56 Bezirken. Diese Bezirke und ihre Wahllokale sind:

Bezirk 1. Schrodflamarkt Promberger Straße und Umgegend. Wahllokal: städtische Schule ul. Bydgoska (Promberger Straße) Nr. 4. Nordpavillon Klasse IIc.

Bezirk 2. Dominik, Diemel, Seminarstraße Kanonikerstraße (ul. Piotrowa) St. Roch. Berdychowier Damm (Tama Berdychowka) Turmstr. (ul. Wieżowa) und Umgegend. Wahllokal: städtische Schule ul. Bydgoska Nr. 4. Nordpavillon Klasse IIc.

Bezirk 3. ul. Bednarska, Hüttenstraße Czartorja (Dammstr.), Nadbrzeźna (Hüttenstr.) Owocowa (Hüttenstr.), Sienka (Hüttenstr.), Tyne Chwaliszewo (Hüttenstr.), ul. Warszawska (Bartholomäusstr.), Wahllokal: städtische Schule ul. Bydgoska Nr. 4. Süd- und Ostpavillon Klasse IIb.

Bezirk 4. Stare Targowiska, ul. Wenecjańska (Benetionerstr.), Zawady (Bawade) Zagorze (Bogorze). Wahllokal: städtische Schule ul. Bydgoska 4. Süd- und Ostpavillon, Klasse Ia.

Bezirk 5. Chwaliszewo 51-76 (Wollschiff), skuty szyperskie (Schiffstr.), am rechten Ufer der Warthe. Wahllokal: städtische Schule am Ostrow Tumski 7 (Am Dom), Erdgesch. Eingang von der ul. Wieżowa (Turmstr.), Zimmer 1.

Bezirk 6. Chwaliszewo 1-50 (Wollschiff). Wahllokal: städtische Schule am Ostrow Tumski 7 (Am Dom), Erdgesch. Zimmer 3.

Bezirk 7. Grobla 1, 2-15 und 18-30 (Grabenstr.), Lazienna (Baderstr.), Wahllokal: städtische Konarski-Schule, Erdgesch. Klasse IIb. an der ul. Cegielskiego (Cegielski-Str.).

Bezirk 8. Grobla 16-17 (Grabenstr.), Mostowa (Posadowa-Str.), Wieżowa (Turmstr.), Za Grobla (Hinter dem Graben), Wahllokal: Konarski-Schule, Klasse Id. an der Cegielski-Str.

Bezirk 9. Plac Bernardynski (Bernhardinerplatz), Bielniki (An den Bielnern) ul. Hipolita Cegielskiego (Cegielski-Str.), Waly Kaziemierza Wielkiego (Herbardinerallee), ul. św. Magdaleny (Gemeinestr.), ul. Raczynski (Raczynski-Str.), Krankenhaus am Bernhardinerplatz, Krankenhaus an der Gemeinestr., Wielkie Garbary 45-47 (Große Gerberstr.), ul. Wszyskich Świętych (Allerheiligenstr.), Wahllokal: Szkoła Jagiellońska, Erdgesch. Klasse IIc. ul. Cegielskiego (Cegielski-Str.).

Bezirk 10. Droga Debińska (Schwalbenstr.), Waly Jagiello (Karmeliterallee), plac Karmelicki (Karmeliterplatz), ul. Kopernika (Kopernikusstr.), ul. Łukowa 1-2 (Lukowstr.), ul. Nadzeczna (Flugstr.), Krankenhaus an der Bielenstr. 1-2, Wegnerisches Gymnasium Wahllokal: Wegnerisches Gymnasium, Erdgesch. Klasse IIc. an der Cegielski-Str.

Bezirk 11. ul. Waly Królów Jadwigi (Burggrafenring), ul. Kwiatowa (Blumenstr.), ul. Szpitalowa (Schiffstr.), Wahllokal: Baumgärterschule, Eingang Südseite.

Bezirk 12. ul. Długa (Langestr.) und ul. Strzelecka (Schützenstr.), Wahllokal: Deutsches Gymnasium in der Schützenstr. 29 Erdgesch. Klasse O.I.I.r.

Bezirk 13. Rybaki (Fischer), Wahllokal: Deutsches Gymnasium an der Schützenstr. Nr. 29, Erdgesch. Kl. O.I.I.V.

Bezirk 14. ul. Strzelecka (Schützenstr.) Nr. 2-5 und 28 bis 33, Zielona (Grünestr.) Wahllokal: Berger-Schule, Erdgesch. Klasse IIc.

Bezirk 15. Grobla 1a-b (Grabenstr.), Wielkie Garbary (Große Gerberstr.) 1-21 und 30-40, za Bramka (Torstr.) Wahllokal: Restaurant Mikodajski, (Große Gerberstr. 41.)

Bezirk 16. ul. Jaskółca (Schwalbenstr.), Jesuicka (Jesuitenstr.), Kozia (Ziegenstr.), Nowy Rynek (Neuer Markt) Szkoła (Schulstr.) und Wodna (Wasserstr.) Wahllokal: ul. Wroclawska Nr. 16 (Breslauerstr.) 1 Treppen.

Bezirk 17. ul. Ewangelicka (Miquelstr.), Klasztorna (Klosterstr.), Słusarska (Schlossstr.) Alter Markt 1-53 und 53 bis 59, Wodna (Wasserstr.) Wahllokal: Restaurant Majewski, Erdgesch. 13.

Bezirk 18. ul. Dominikańska (Dominikanerstr.) Alter Markt 55-100, ul. Wielka (Breitestr.) Breslauerstr., Wahllokal: Städtische Albrechtschule Erdgesch. Klasse Ib.

Bezirk 19. ul. Kramarska (Kramersstr.), Masztalarska (Mastmalerstr.), Mokra (Nasse Gasse), Szewska (Schuhmacherstr.), Zydzowska (Michael Herzstr.), Wahllokal: Magistratsbureau am Sapieha-Platz 1a. Erdgesch. 1.

Bezirk 20. ul. Bóznica (Am Tempel), Bahnhof Gerberdamm ul. Stawna (Teichstr.), Teichplatz, skuty szyperskie (Schiffstr.), Berladzielle, Waly Księcia Józefa (Königsallee), Wielka Szluz (Große Schleuse) Wielkie Garbary (Große Gerberstr. 22-29) St. Waltherhof in der Sandstraße. Wahllokal: im Schlafhausrestaurant an der Tama Garbarska (Gerberdamm).

(Fortsetzung folgt.)

Jahren; für Witwen außer den bereits aufgezählten Papieren Sterbeurkunde des Mannes.

Alle näheren Erklärungen und genaue Angaben in dieser wichtigen Frage erteilt der Deutschumsbund.

Deutsche Wahlauskunftsstellen.

Damit allen deutschen Wählern, die etwa nicht genau wissen sollten, wann, wo und wie sie zu wählen haben, rechtzeitig Auskunft gegeben werden kann, werden am Wahltag, Sonntag, dem 18. Dezember, folgende deutsche Auskunftsstellen tätig sein:

1. Im Gemeindehaus der Kreuzkirche, Grobla 1. für die Wahlbezirke 1-9, 15-21.

2. Im Gemeindehaus der Petrikirche, Sw. Józef 2, für die Wahlbezirke 10-14 22-28.

3. In den Geschäftsräumen der Deutschen Partei, ul. Gwar 18 Hof 1, für die Wahlbezirke 29-32.

4. In den Geschäftsräumen des Posener Tageblatts, ul. Zwierzyńska 6, für die Wahlbezirke 68-70 71.

5. Im Gemeindehaus der Katholischen Kirche, Wierzbicice Nr. 45 für die Wahlbezirke 39-53.

6. Im Gemeindehaus der Christuskirche, ul. Matejki 42/43 für die Wahlbezirke 54-67.

7. Im Gemeindehaus der Eufasikirche, ul. Szamarzewskiego 3, für die Wahlbezirke 71-76 78-83.

8. Rür Solafisch: in der Wohnung des Herrn Lehrers Schümle, ul. Podhalanska 1, für den Wahlbezirk 85.

Diese Auskunftsstellen sind von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. geöffnet. Dort sind auch Stimmgästel vorrätig.

Weihnachten!

Unter den mannigfachen Weihnachtartikeln zum Feste wird stets ein gutes Buch auf dem Weihnachtstische große Freude bereiten. Wir empfehlen die noch vorrätigen Bände unserer Verlagswerke zu diesem Zweck und haben sie in unserer Geschäftslokale zur Auswahl bereitgestellt.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ulica Zwierzyńska (Tiergartenstraße) Nr. 6.

Das Opfer eines Verbrechens?

Vom 9. bis 11. November d. J. fand in Posen eine Tagung der polnischen Kreditgenossenschaften statt. Zu dieser war als Teilnehmer u. a. der 50 Jahre alte Ingenieur Alexander Szlamitz aus Wilna erschienen. Er traf hier am 10. v. Mts. ein, besuchte einen hiesigen Bekannten aus Wilna, nahm dann im Bazarhotel ein Zimmer, in dem er seine Reisetasche niederlegte, beteiligte sich an einer Sitzung der genannten Genossenschaften und ist seit dem Tage spurlos verschwunden. Alle bisherigen hier wie in Wilna nach dem Verschwinden angestellten Ermittlungen sind ergebnislos gewesen. Es ist somit der Verdacht nicht ausgeschlossen, daß er das Opfer eines Verbrechens, und zwar, da er für den beabsichtigten mehrtägigen Aufenthalt in Posen im Besitz einer größeren Geldsumme gewesen sein dürfte, eines Raubmordes geworden ist. Der Verschundene war 1,65 Meter groß, hatte dunkelblondes Haar (Glatze) und ebensolchen Schnurrbart; er war bekleidet mit einem dunkelblauen Anzug, weitem schwarzen Hut, einem Pelz mit unechtem Fuchsfur, einem schwarzen Koffer, einem Pelz mit unechtem Fuchsfur. Alle Personen, die in der Lage sind, irgend welche Angaben über den Verbleib des Vermissten zu machen oder Spuren angeben können, die zu seiner Aufspürung führen könnten, werden gebeten, im Zimmer 2 der Kriminalpolizei sich unverzüglich zu melden.

Zurückziehung polnischer Noten aus dem Verkehr. Die polnische Staatskasse (Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa) erinnert noch einmal daran, daß Banknoten zu 1. 5 und 20 polnischen Mark auf rosa Papier mit dem Datum des 7. Mai 19 in den einzelnen Abteilungen und Intern der P. K. K. P. nur noch bis zum 31. Dezember d. J. einschließlich eingewechselt werden. Dieser Termin wird nicht verlängert. Banknoten, die bis dahin nicht eingewechselt worden sind, verlieren ihre Gültigkeit.

Ein einzigartiges Konzert findet am Sonntag, dem 18. Dezember im Großen Konzertsaal der Universität statt. Herr Professor Władysław Szpilman, der wegen seines ausgezeichneten Spiels und seiner hervorragenden Kompositionen bekannt geworden ist, wird der Stern des Abends sein. Das ausführende Programm, zu dem auch ganz bedeutende Orgelkonzerte gehören, wird noch bekannt gegeben. Karten bei W. Górski (fr. Boie u. Bod) ul. 27 Grudnia 20 (früher Berlinerstr.)

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Der für diesen Mittwoch angekündigte Vortragsabend über „Dürer“ von Herrn Behrendt wird Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr in der Aula stattfinden. Die Vorlesung über die Kultur des deutschen Mittelalters fällt an diesem Tage aus.

Ein Ruppelstiefel, dargebracht von Kindern am Mittwoch, dem 14. Dezember 1921, nachmittags 5 Uhr im großen Saal des Coana. Vereinshauses. Eintrittskarten zu 100 M. einschl. Steuer sind in der Coana. Vereinskasse ul. Wjazdowa zu haben.

Verhaftung eines Diebesbundes. Bei einer Hausdurchsuchung fand man einen Koffer mit einer größeren Menge von schwarzen und grauen Damenstrümpfen und mehreren Paaren Herrensocken, die vermutlich von einem Diebstahl herrühren. Sie können im Zimmer 2 der Kriminalpolizei beschlagnahmt werden.

Einbruchdiebstahl. Am Sonntag wurde aus einer Wohnung der ul. Spokojna 12 (fr. Friedenstr.) ein Koffer mit 200.000 M. gestohlen. — In der Nacht zum Montag verübten ein Dieb in dem Tomaszewski'schen Geschäft in der ul. Pocztowa 9 (fr. Friedenstr.) einen Diebstahl und nahmen einen noch nicht fertig gestellten Trümpelpol ohne Kettel und drei Pelzmützen im Werte von 200.000 M.

Mord, 12. Dezember. In der vergangenen Woche wurde der hiesige praktische Arzt Dr. Welt nachts zu einer Kranken im Wagen abgeholt. Im Walde erschienen mehrere Männer, zogen ihn zögernd aus, gaben ihm eine Pfundendeckel zum Schutz und führten darauf höhnend von dannen.

Bromberg, 12. Dezember. Die gestrige Stadtverordnetenwahl ergab 26.393 Wähler, etwa 60 v. H. der Wahlberechtigten. Auf Liste 1 (Einzel) die polnische Liste erschienen 12.151 Stimmen auf Liste 2 (Bannach) der polnischen nationalen Arbeiterpartei 7176, auf Liste 3 (Nebenliste) der Deutschen Vereinigung 5046 und auf Liste 4 (Mischliste) der vereinigten polnisch-deutschen sozialistischen Partei 2030 Stimmen. Die Deutschen dürfen mit 10 Mandaten rechnen, ein Ergebnis, das als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden darf.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anmerkungen werden nur von Lesern gegen Einsendung der Beleganschrift unentgeltlich über ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen werden nur anonym und wenn ein Briefumschlag mit dem Namen beiliegt.)

M. 2. 1. Der 10. Januar 1922 gilt als Termin für die Option. Mit einer Verlängerung dieses Terms in wohl nicht mehr zu rechnen. Die Verantwortung dieser Frage ergibt sich aus unserem Artikel in der Sonntagsausgabe (Nr. 240). Die Option der Deutschen in Posen. 2. Eine beratende Emigrationskommission ist von jeder steuerpflichtigen Person beizubringen. 4. Von jedem in Frage

kommenden Orte in die Vernehmung vorzulegen. 5. Diese Frage beantwortet der unter 2 erwähnte Artikel. 6. Auf ein volles Jahr sind beratende Verfassungen u. G. unbegründet. 7. u. 8. Siehe unter 2.

G. M. in Schr. Mutter und Kinder gelten in diesem Falle ohne weiteres als polnische Staatsbürger deutscher Nationalität.

S. B. in M. Es ist ein Genehmigungsantrag beim Urząd dla Handlu Zagranicznego in Posen, ul. Starowa 10 (fr. Lützenstraße) zu stellen.

L. D. 45. 1. Sie müssen die 50 v. H. Vermögensabgabe zahlen.

2. Und ist ein Verfahren zur Klärung von Milchglas nicht bekannt.

M. T. D. Einem solchen Tausch steht auch in dem Falle, wenn Sie nicht optieren, nichts im Wege, da die Liquidation sich nur auf Reichsdeutsche bezieht.

T. B. 460. Uns ist eine Stelle, bei der Sie Mais erhalten könnten, auch nicht bekannt.

E. S. in G. Da Sie hier geboren sind, sind Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität, Ihr Grundst. ist mithin nicht liquidierbar.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	13. Dezember	12. Dezember
Bank Gwiazdki I—IX em. ungetr.	220 + A	220 + A
Bank Handlowy Poznań I—VIII	—	361 + A
Bank Ziemian I—III	225 + N	—
Bank Polski, Petroski I. Sta. I—VI em.	—	225 + A
Bank	590 + A	—
M. Barciszewski V em.	151 + A	151 + A
Centrala Stora I—III (erkl. Bezr.)	300 + A	315 + A
Centrala Polniska I—IV	—	140 + A
Dr. Roman Waj III	410 + A	400 + N
Bozn. Spółka Drzewna	1200 + A	1200 +
Wymorina Chemiczna III	130 + N	—
Cegielski I—VII em. (erkl. Bezugsr.)	160 + N	160 + A
Patricia	320 + A	320 + A
Gutomania Winiarska	—	145 +
Gutomania Droga	130 + A	—
G. Harwig IV em.	345 + A	—

Unoffizielle Kurse:	13. Dezember	12. Dezember
Bank Poznański	120 + N	120 + N
Bank Przemysłowców	201-210 + A	205-200 +
Ati	130 + N	130 + N
Drzewo Wronki	—	240 + N
Hartwig Kantorowicz (erkl. Kupen)	525 + A	530 + A
Hersfeld Viktorius	250-265 + N	280 +
Kabel (erkl. Bezugsr.)	120 + A	—
Wielk. Guta Niedzi	50 + A	500-510 + A
Wielk. Guta Niedzi	280-285 + N	280 + N
Wagon Włocława	—	120-125 + N
Orient	190 + N	—
Sarmatia	320 + A	315 + A
Papiernia Bydgoszcz	—	200 + A
Pneumatik	145 + N	150 + N
Manina	360 +	—

= Danziger Börse vom 13. Dezember. Polnische Mark 5,40. Noten 5,60. Do. ar. 163, engl. Pfund 710, Frank 13,70 M.

= An der gestrigen Berliner Börse wurde die polnische Mark mit 5,40 notiert.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Joewenthal. Verantwortlich für Inhalt, Druck und Vertrieb: Dr. Wilhelm Joewenthal. Für Lokal- und Provinzialzeitung: Dr. Wilhelm Joewenthal. Für den Anzeigenteil: M. Grubman u. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Posen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 13. Dezember.

Die Bestimmungen für die Option.

Ausschneiden und aufbewahren.

Nach den Bestimmungen des Verlaßter Friedensvertrages hat bekanntlich jeder deutsche Staatsbürger im abgetretenen Gebiet das Recht, sich für seine Staatszugehörigkeit zu entscheiden. Dieses geschieht auf dem Wege der Option. Für sie gelten nach einer Mitteilung des Staatsrats Grodka in Posen folgende Bestimmungen:

1. Die Optionserklärung muß bis zum 10. Januar 1922 persönlich abgegeben sein.

2. Wer die Optionserklärung bis zum 10. Januar 1922 nicht abgegeben hat, wird automatisch polnischer Staatsbürger.

3. Optionsberechtigt ist derjenige, der seinen Wohnsitz vor dem 1. Januar 1908 bis zum 1. Januar 1920 ununterbrochen in dem an Polen abgetretenen Gebiet hatte.

4. Jede unverheiratete Person, die das 18. Lebensjahr vollendet hat, muß für sich allein optieren.

5. Der Ehemann optiert nicht nur für sich, sondern auch für seine Frau und seine Kinder unter 18 Jahren.

6. Die Ehefrau kann nicht für sich allein optieren, wenn der Ehemann noch lebt, da nach dem Gesetz die Frau dieselbe Nationalität wie der Ehemann besitzt.

7. Ist jemand vor dem 1. Januar 1908 im ehemals preussischen Teilgebiet geboren und wohnt in diesem Gebiet ununterbrochen in diesem Gebiet (auch wenn er sich mehrere Jahre in einem anderen Staat aufgehalten hat), so fällt er nach Artikel 4 des Vertrages von Versailles unter das Optionsgesetz (das heißt er muß optieren, wenn er deutscher Staatsbürger werden will; optiert er nicht, wird er polnischer Staatsangehöriger).

8. Witwen haben das Recht, für die Kinder zu optieren, falls die Kinder keinen Vormund haben. Sind die Witwen zum zweiten Male verheiratet, so optiert natürlich der Mann.

9. Wer einen gesetzlichen Vertreter (Vormund) besitzt, kann selbst nicht optieren. Für solche Personen optiert der Vormund, auch wenn diese über 18 Jahre alt sind.

Um die Optionserklärung abzugeben, sind bestimmte Personen: Geburtsurkunde, Quittung über bezahlte Steuern, Bescheinigung über Hinterlegung der Emigrationsanfrage, Bescheinigung, Anfallsbescheinigung, Leumundzeugnis; für verheiratete Personen: außer den Papieren folgende Urkunden: Heiratsurkunde, Geburtsurkunden der Kinder unter 18

Stücke gesucht!

Zur kleinen herrschaftlichen Haushalt (4 Personen) in Posen wird ein junges Mädchen aus guter Familie als Stütze der Hausfrau gesucht. Der Posener eignet sich besonders für eine evangelische Anstalts-, Landguts- oder Hausbeamtentochter, die eine Zeitlang in der Großstadt gelebt und sich dabei im Haushalt vervollkommen will, sich vor feiner Hausarbeit scheut und schon etwas zu kochen versteht. Beiläufig werden gute Manieren u. ein reumütiges, heiteres Wesen. Geboren werden reichliches Taschengeld und sonstige Vergünstigungen, auf Wunsch Familienanhang. Meldungen beifügt die Geschäftsstelle d. Bl. u. „Stücke“.

Größere Herrschaft sucht vom 1. Januar 1922 verheirat.

Rendanten.

firm in Buchführung, Kassenwesen und der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig. Verbindungen mit Lebenslauf und Reagenzien an Herrschaft Lejnowe in Ansetzung per Lejnowe. 4249

Suche zum 1. April, evtl. auch früher, einen tüchtigen in allen Zweigen erfahrenen

Gärtner.

4252] Frau Bardt, Lubojz, bewohnt Miedzychód.

Suche zum 1. Januar, evtl. auch später, eine

Stenographie und Schreibroutine beizubringen.

4253] Frau Bardt, Lubojz, bewohnt Miedzychód.

4254] Tüchtiger Schuhmacher

Suche nach u. Reparat., a. i. Belze.

1. Werkstatt, empfiehlt sich

Gärtner, Dabrowskiego 88.

Herrenschneider

empfiehlt sich für Herren- und Damen- u. Obermüller, Bäcker, Schmeckegasse, Müller und Obermüller, Bäcker, Schlosser, Drechsler, Schuster, Dachdecker, Kranen-

pflöger, Buchhalter, sowie Lehrstellen bei Schmiede- und Uhrmachermeister.

Anfragen zu richten

Poznań, Waly Leszczyńskiego 2. Telefon 2157.

Deutschtumsbund Posen

(Abteilung Stellenvermittlung).

Wir suchen Beschäftigung für:

Arbeiter u. Handwerker (für Stadt und Land). Maler, Schmiedegasse, Müller und Obermüller, Bäcker, Schlosser, Drechsler, Schuster, Dachdecker, Kranen-

pflöger, Buchhalter, sowie Lehrstellen bei Schmiede- und Uhrmachermeister.

Anfragen zu richten

Poznań, Waly Leszczyńskiego 2. Telefon 2157.

